

Datenschutzordnung des Musikbundes von Ober- und Niederbayern (MON)

Überblick über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den MON sowie über Rechte aus dem Datenschutzrecht

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung im Musikbund von Ober- und Niederbayern ist die Geschäftsstelle. Verantwortlicher Ansprechpartner ist der Geschäftsführer.

Den Datenschutzbeauftragten des MON erreichen Sie unter datenschutz@mon-online.de.

Der MON verarbeitet personenbezogene Daten, die er im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im MON erhält. Zudem verarbeitet er - soweit im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft erforderlich - personenbezogene Daten, die er aus Kursanmeldungen erhält.

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Namen, Titel, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag), Angaben zur Vereinszugehörigkeit (Eintritts- und Austrittsdaten, Zugehörigkeit zu Orchestern, Funktionen im Verein und Bezirksverband, erhaltene Ehrungen, gespielte Instrumente und absolvierte Kurse) sowie Bankverbindungen.

Der MON verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG):

- a. Zur Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)
Die Verarbeitung der Daten erfolgt im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Beendigung der Vereinsmitgliedschaft, den daraus resultierenden Rechten und Pflichten, der laufenden Mitgliederverwaltung einschließlich des Beitragswesens sowie mit der Teilnahme an internen und externen Vereinsveranstaltungen.
- b. Im Rahmen der Interessensabwägung (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO)
Soweit erforderlich verarbeitet der MON Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrags hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen des MON oder Dritten, so im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft des MON in übergeordneten Verbänden, der Gewährung von Versicherungsschutz, der Gewährung des GEMA- und KSK-Rahmenvertrags oder der Erlangung von staatlichen Zuschüssen.
- c. Aufgrund einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO)
Soweit dem MON eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt wurde, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis dieser Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor Geltung der DSGVO, also vor dem 25.05.2018, dem MON gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

Innerhalb des MON erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf ihre Daten, die diese zur Erfüllung der in Ziffer 3 genannten Aufgaben brauchen.

Der Zugriff auf die personenbezogenen Daten erfolgt abgestuft nach Zugriffsrechten: Vereinsverantwortliche haben Zugriff auf die Daten ihres Vereins, Bezirksverantwortliche haben Zugriff auf alle Daten ihrer Bezirksmitglieder, MON-Verantwortliche haben Zugriff auf alle Mitgliederdaten.

Außerhalb des MON werden

- * alle Daten der Vereine eines Bezirksverbandes an den jeweiligen Bezirksverband
 - * die Adress- und Kontaktdaten der Vereinsvorsitzenden bzw. Postadressen an
 - GEMA, Künstlersozialkasse, Sparkassenversicherung Stuttgart
 - Bayerischer Blasmusikverband, Bundesvereinigung deutscher Musikverbände
 - * die Namen, Adressen und Kontaktdaten von Fortbildungsteilnehmern an Dozenten und Instrumentalausbildern sowie an andere Teilnehmer (Teilnehmerlisten)
 - * personenbezogene Daten zur Presseberichterstattung an die Presse (v.a. Bayerische Blasmusik)
- weitergegeben.

Der MON verarbeitet und speichert personenbezogenen Daten der Mitglieder, solange es für die Erfüllung der in Ziffer 3 genannten Aufgaben erforderlich ist. Sind die Daten danach nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig gelöscht, spätestens mit Beendigung der Vereinsmitgliedschaft, es sei denn, deren Weiterverarbeitung ist erforderlich,

- a. zur Erfüllung von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten,
- b. zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsfristen, die bis zu 30 Jahre, im Regelfall 3 Jahre betragen.

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach § 34 und § 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten kann jederzeit dem MON gegenüber widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf der Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO dem MON gegenüber erteilt worden ist. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im MON müssen die Mitglieder/Vereine diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die zum Erwerb der Mitgliedschaft, der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten aus der Mitgliedschaft und zur Mitglieder- und Finanzverwaltung erforderlich sind. Ohne diese Daten wird der MON nicht in der Lage sein, die Mitgliedschaft zu begründen oder aufrecht zu erhalten.

Zur Begründung und zur Verwaltung der Mitgliedschaft werden keine vollautomatisierten Entscheidungsfindungen nach § 22 DSGVO genutzt.

Der Verein betreibt kein Profiling (automatisierte Verarbeitung von Daten mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten).

Information über (einzelfallbezogenes) Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

Jeder hat das Recht, aus Gründen, die sich aus seiner besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Art. 6 Abs. 1 f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessensabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling im Sinne des Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Wird Widerspruch eingelegt, wird der MON diese personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, der MON kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die den Interessen, Rechten und Freiheiten des Widerspruchsführers überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.